



SOLIDARWIRTSCHAFT

Antworten auf Fragen
zu einer neuen Governance

Solidarwirtschaft

Antworten auf Fragen zu einer neuen Governance

September 2009

Romain Bieber

Abstrakt

Governance ist ein politisches Thema. Es handelt in unserer demokratischen Gesellschaft von geteilter Verantwortung, von verschiedenen Ebenen der Entscheidungsfindung, ja von der Frage der Einbringung der Zivilgesellschaft in Vorschlags- und Entscheidungsfindung. In diesem Sinne wird nicht die repräsentative Demokratie in Frage gestellt, jedoch auf Unzulänglichkeiten dieses Systems aufmerksam gemacht. Die Wirtschaft kann nicht mehr zufriedenstellend im Sinne einer nationalstaatlich oder einer europäisch gelenkten politischen Kraft zum Wohle der Allgemeinheit organisiert werden. In diesem Zusammenhang erlaubt eine historische Betrachtung zu erkennen, dass den Unternehmen im Laufe der Entwicklung des Industriezeitalters immer mehr Bedeutung zugekommen ist und sie somit letztendlich in Form von multinationalen Konzernen zu den wahren Politikgestaltern geworden sind. Die Eigendynamik, die damit einhergeht, besteht darin, dass diese weltweiten Konzerne nur noch auf die Ausweitung ihrer Macht und die Kontrolle jeglicher Konkurrenz, also Alternative, ausgerichtet sind, ohne Rücksicht auf die wahren Bedürfnisse der Menschen zu nehmen. Sie werden nicht nur zu einem Staat im Staat, sondern sie hebeln jegliche demokratische Mechanismen aus. Um diese wieder funktionstüchtig werden zu lassen und in das wahre Zeitalter der Wissensgesellschaft einzutreten, ist das Konstrukt Unternehmen durch das Konzept Territorium zu ersetzen. Eine moderne Gesellschaft also muss ihr Territorium, ihre Umgebung, als Ausgangspunkt zur Produktion von Waren und Dienstleistungen in den Mittelpunkt des ökonomischen Handelns stellen, um so den wahren Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden.

Solidarwirtschaft ist:

1) Eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit	4
2) Eine Herausforderung für die Wissenschaft	8
3) Ein gemeinsames Lernen	11
4) Eine Infragestellung von Politik und Wirtschaft	18
5) Eine Aufwertung für das Territorium	26

1) Eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit

Solidarwirtschaft und *Governance*

Wenn, um der Finanz- und Wirtschaftskrise beizukommen, sehr viel über eine „neue Governance“ gesprochen wird, so ist hiermit die politische Governance gemeint. Dies heißt im Klartext, es geht um das Erneuern des Zusammenspiels der politischen Instanzen, der staatlichen Verwaltungen und ihres kausalen Einflusses auf die Gesellschaft, die Bürger und die angewandten Wirtschaftsmodelle. Anders ausgedrückt: Es geht um das Primat der Politik und somit um eine Festigung unserer demokratischen Ordnung. Was kann die Solidarwirtschaft hierzu beitragen?

Fundamentalwissenschaftlich spricht sie von neuen Paradigmen die das Wirtschaften im Dienst des Menschen beschreiben, und hierzu das Konzept einer pluralen Wirtschaft liefern. Das heißt, dass es nebeneinander verschiedene Möglichkeiten gibt, sich wirtschaftlich zu betätigen, mit Zielen, die ebenso wenig eine vernünftige persönliche Bereicherung wie die Möglichkeiten einer nicht profitorientierten Handlungsweise ausschließen. Konkret schlägt man vor, neben der öffentlichen und privaten Wirtschaft, einen dritten Raum zu schaffen, der lokale und regionale Interessen zum Wohle der Allgemeinheit ebenso berücksichtigen wie globales Handeln, durch fairtrade oder ethische Finanzsysteme, als Dienst an der Weltgemeinschaft, erlauben soll.

Damit unser gesellschaftliches Zusammenleben demokratisch regiert werden kann (Governance), berufen wir uns also im Allgemeinen auf ein komplexes und historisch gewachsenes System von Gesetzen und Verträgen. Dieses komplexe System hat im Laufe der Entwicklung unserer Demokratien immer wieder Veränderungen erfahren, um auf die Bedürfnisse und Erfordernisse gesellschaftlicher Prozesse angepasst zu werden. Seit den 80er Jahren hat sich dieses System zugunsten eines immer weniger kontrollierten Freihandels entwickelt und uns mit dem so entstandenen Neoliberalismus in eine Sackgasse geführt, was uns die derzeitige Krise bestätigt.

In Form einer angewandten Wissenschaftsarbeit, vornehmlich in den Projekten selbst, arbeitet die Solidarwirtschaft an verschiedenen Schwerpunktthemen (Partizipation der Bürger im Sinne der Subsidiarität, neue Indikatoren für gesellschaftlichen Reichtum, neue Gesellschaftsformen im Nonprofitbereich, nachhaltige Ansätze zur Gestaltung der öffentlichen Ausschreibungen, Aufbau ethischer Finanzsysteme, etc.), zu denen sie heute schon konkrete Ideen und verlässliche Modelle anführen kann. Dies sind heute allesamt relevante Ansätze,

welche auf eine angepasste neue Governance Einfluss nehmen und somit mithelfen können, aus der Sackgasse herauszufinden.

Solidarwirtschaft, ein Instrument zur Demokratisierung der Wirtschaft

Solidarwirtschaft einordnen

Die Solidarwirtschaft ist eine weltweite Bewegung, die dabei ist, eine Form des Wirtschaftens einzuführen, die komplementär zum aktuellen dualen System der Volks*- und Privatwirtschaft ist. Sie hat ebenso einen ökonomischen wie auch einen politischen Ansatz. Die politische Dimension ist wesentlich, wenn man beachtet, dass die Solidarwirtschaft es ermöglicht, durch ihre von Grund auf ökonomische Aktivität einen zivilgesellschaftlichen Raum zu besetzen, der eher unangetastet von aufgeklärten Artikulationsprozessen ist, und somit einen greifbaren Beitrag zur partizipativen Demokratie leisten kann.

Zum einen ist es die Bestimmung der Solidarwirtschaft die Wirtschaft zu demokratisieren. Dieses Sichöffnen zu den Dimensionen Politik und Gesellschaft unterscheidet sie einerseits von dem Paar Volks- und Privatwirtschaft und andererseits von jeglichen Hilfs- oder Betreuungsorganisationen mit sozio-ökonomischem Charakter, die im Zuge der Organisation des Wohlfahrtsstaates entstanden sind. Zum anderen hat man festgestellt, dass während der Entwicklung des modernen Kapitalismus schon andere hybride Formen des Wirtschaftens entstanden sind, in denen Ansätze wie Demokratie und Solidarität als fundamentale Elemente zurückbehalten wurden. Dies gilt vornehmlich für die Produktionskooperativen oder die Genossenschaftsversicherungen und -banken. Auch wenn hier andere ethische Werte im Vordergrund stehen, so verhalten diese Unternehmen sich konform zu den Grundsätzen des Kapitalismus und gehorchen den Regeln des freien Marktes. Im Endeffekt muss festgestellt werden, dass der Demokratie- und Solidaritätsgedanke ausschließlich das Innenleben solcher Betriebe betrifft und damit exklusiv dem Nutzen der Protagonisten dient. Somit können sie keinen generellen Anspruch darauf erheben, sich an einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation zur Demokratisierung der Wirtschaft zu beteiligen.

Der zivilgesellschaftliche Raum und das Recht, sich zu vereinigen

Grundsätzlich ist die Vereinigung eine institutionelle Form des demokratischen Bürgerrechts. In diesem Sinne dürfte das Recht auf Vereinigung es ermöglichen, ein bürgerliches Artikulationsfeld zu beschreiben, das komplementär zu unseren

Systemen der repräsentativen Demokratien sein und somit eine kritische Masse an Ideen und Handlungsweisen hervorbringen kann, die das Konzept der partitipativen Demokratie alimentieren. Dies bedeutet, dass die Vereinigungen als ökonomische Akteure ohne Gewinnzweck, initiiert von Bürgern und im Interesse der Allgemeinheit, des Gemeinwesens und der Kollektivität handelnd, diese Rolle einer soziopolitischen Kraft entwickeln können und so das Ineinandergreifen der Interessen der Bürger und der öffentlichen Hand ermöglichen.

Von der Vereinigung zum Akteur der sozialen Transformation

Die Vereinigung wirkt an den Schnittstellen zwischen Gesellschaft und Gemeinwesen. Sie hinterfragt die demokratischen Regeln, aufgebaut auf den Begriffen von Gleichheit und Freiheit und sie kann folglich neue Solidaritätsformen produzieren. Daraus ergibt sich, dass den Vereinigungen, die sehr heterogen in ihren Aktivitäten und in ihren Verpflichtungen sein können, eine Schlüsselrolle im Aufbau des zivilgesellschaftlichen Raumes zukommt und sie logischerweise zu wichtigen Akteuren der sozialen Transformation werden.

Die Vereinigung als solidarwirtschaftlicher Akteur hat Geschichte

Die moderne Geschichte der Vereinigung im Zusammenhang mit der Solidarwirtschaft findet ihren Ursprung in den sozioökonomischen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts. In dieser Epoche haben, auf Basis utilitaristischer Konzeptionen, die Marktwirtschaft und die Kapitalgesellschaften sich als alleinige, absolute Ordnung durchgesetzt. Nur, diese ideologische aber auch reelle Hoheit, die einzig und allein auf den Marktmechanismen aufbaut, schafft es im Laufe der Geschichte nicht, ihren Anspruch als ein friedentiftendes und gerechtes Ordnungsmodell einzulösen. Im Gegenteil, Perioden der Verarmung und Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsteile sind zyklisch immer wieder auf der Tagesordnung. Genau in diesen Perioden sozialer Ungerechtigkeit tritt die Vereinigungsbewegung stark hervor und baut auf, auf den freiwilligen sozialen Zusammenhalt der Bürger als Prinzip der sozialen Organisation und Ordnung. Die Selbsthilfe wird so zur Essenz selbst dieses Prozesses. Der soziale Zusammenhalt wird vor allem durch die Entwicklung sinnvoller und lebensnotwendiger ökonomischer Aktivitäten und der Formulierung politischer Forderungen gewährleistet. Diese Analyse zeigt, dass die Vereinigungsbewegung immer wieder Gefahr läuft, in weniger bewegten Zeiten, in denen die öffentliche Macht fast paradoxerweise auch mehr Autorität darstellt, sich Tendenzen einer eher philanthropischen Solidarität hinzugeben, dies auf Kosten ihrer eigenen, ursprünglichen demokratischen Solidarität.

Das Dreigespann: Ökonomie, Territorium und Demokratie

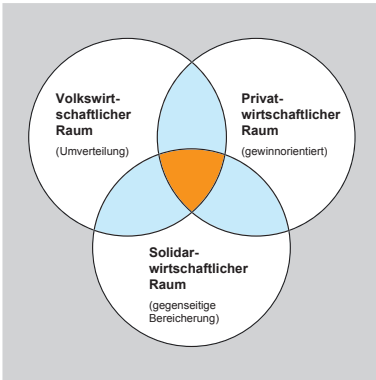


Abbildung 1: **Ökonomie**
Schaffung eines dritten Raumes, in dem Solidarwirtschaft stattfindet. Wirtschaft wird zunehmend demokratisiert.

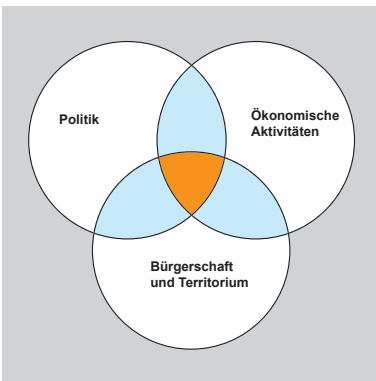


Abbildung 2: **Territorium**
Zivilgesellschaft und Gemeinwesen sind ein dritter Faktor für die gesellschaftspolitische Entscheidungsfindung.

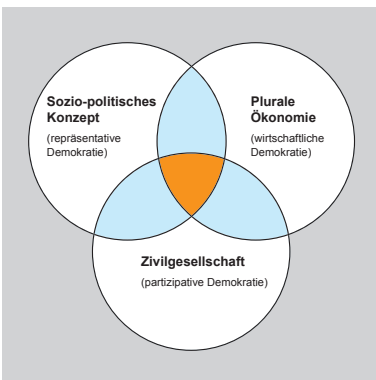


Abbildung 3: **Demokratie**
Nur wenn echte Demokratie in Politik und Wirtschaft herrscht, kann die organisierte Zivilgesellschaft sich zukunftsgestaltend einbringen.

2) Solidarwirtschaft, eine Herausforderung für die Wissenschaft

Ein eigener wissenschaftlicher Korpus

Die Frage, ob die Solidarwirtschaft im wissenschaftlichen Sinne eine eigenständige Disziplin sein kann oder ob sie „nur“ ein Objekt der Forschung ist, wird derzeit auf internationalem Niveau rege diskutiert.

Die oben aufgeführten Abbildungen zeigen eindeutig, dass die Komplexität und Heterogenität der Fragestellung es erlaubt, ja erfordert, von einer eigenständigen Disziplin zu sprechen. Wenn z. B. im Bereich der Wirtschaftswissenschaft, Volks- und Betriebswirtschaft als eigenständige Disziplinen anerkannt werden, müsste dies auch für die Solidarwirtschaft der Fall sein. Diese fundamentalwissenschaftliche Akzeptanz ist von absoluter Notwendigkeit, um die Solidarwirtschaft vergleichend zu anderen Wirtschaftstheorien zu diskutieren und somit einen Paradigmenwechsel in Bezug auf unsere aktuelle, neoliberale Doktrin des Wirtschaftens herbeizuführen.

Aufbauend auf den ausgiebigen und reichlich vorhandenen Arbeiten zum Thema, ist es an der Zeit, dass Akademiker sich radikal für einen solchen Schritt entscheiden. Doch trotz Lehrgängen an verschiedenen Universitäten und Hochschulen zur Solidarwirtschaft mit z. T. Masterabschlüssen, die meist in den sozialwissenschaftlichen Fakultäten angesiedelt sind, kann man sich dem Eindruck nicht erwehren, dass die akademische Welt diesen Schritt scheut. Einerseits hat Solidarwirtschaft an sich einen interdisziplinären Charakter und stellt die Frage nach den authentischen Protagonisten. Andererseits könnte es durchaus auch so sein, dass die Forschung am Objekt eher als unschuldig durchgeht, man also in der heutigen Zeit die politische Korrektheit verletzt, indem man versucht, diesen Forschungsarbeiten einen eigenen wissenschaftlich anerkannten Korpus zu verleihen.

Es ginge also im Fall der Einführung einer Disziplin Solidarwirtschaft fundamental darum, dem politischen und ökonomischen Diktat die akademische Freiheit entgegenzusetzen. Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit, eine engere Zusammenarbeit von Akademikern, Projektmitarbeitern und der Zivilgesellschaft vorzusetzen und somit ein Sichöffnen der Universitäten und Hochschulen zur Praxis unumgebar würde. Neue Muster für ein gemeinsames Forschen und Lernen wären die Konsequenz. Ansatzweise werden solche neuen Methoden schon in verschiedenen Ländern erprobt und umgesetzt und führen auch schon zu probaten Resultaten (z. B. die Universität Recife in Brasilien).

Tagtägliche angewandte Forschung

Angewandte Forschung in den Projekten entwickelt sich aus der Not heraus. Um in dem feindlichen politisch-ökonomischen Umfeld, in dem Solidarwirtschaft entsteht, bestehen und diese weiterzuentwickeln zu können, sind die Akteure in den Projekten dazu gezwungen, sich in den verschiedenen Themenfeldern in denen sie Aktivitäten entwickeln die nötige „Forschungsarbeit“ zu leisten, um ihren Visionen nachhaltig Gestalt aber auch Rechtsgültigkeit zu geben. Im französischen Sprachgebrauch wird diese Herangehensweise mit dem Terminus Recherche-Action umschrieben, welcher diese Vorgehensweise sehr präzise umschreibt.

Wenn man erkennt, dass das Umfeld einem feindlich gesinnt ist und man dennoch Versuche unternimmt, aktiv und alternativ zu gestalten, auch in dem Wissen, dass man auf der einen Seite befriedigt, indem gesellschaftliche Unzulänglichkeiten konstant „repariert“ werden und auf der anderen Seite bekriegt, weil das aktuelle gesellschaftliche System über diese allgemein akzeptierte Reparationsfunktion hinweg jedwede alternativgestalterischen Aktionen ablehnt und dafür die dem System innen wohnende Finanzierungsmechanik einsetzt, so wird einem rasch klar, dass man zumindest in einer Logik handeln muss, die man als positive Subversivität bezeichnen kann. Diese Projektlogik könnte man grob in Form von zwei Forschungsanstrengungen bzw. strategischen Entwicklungspotenzialen beschreiben: Zum Ersten, die Definition der realen Bedürfnisse der Gesellschaft und zum Zweiten, die Einbettung der hieraus resultierenden Ambitionen und Handlungsweisen in das allgemeingültige Rechtssystem und dessen Adaptation. An konkreten Beispielen kann man aufzeigen, dass diese Herangehensweise sich in der ganzen Welt ähnelt, weil sehr oft die gleichen Themenbereiche behandelt werden, dies i. d. R. unabhängig vom politisch-ökonomischen Umfeld.

Erstens, bei der Definition der realen Bedürfnisse der Menschen findet man durchweg den Begriff der Lebensqualität wieder. Dieser umreißt, je nach Weltregion und Umfeld, die Spanne vom simplen Überleben hin bis zum „sinnvoller“ und „besser“ Leben. Die Forschungsarbeit in diesem Bereich ruht i. d. R. oft auf sog. neuen Indikatoren, die den jeweils angestrebten Zustand beschreiben und auch messen. Sie ist meist gekoppelt an Überlegungen die sich an die Arbeiten von Amartia Sen anlehnen, und beruft sich, im Gegensatz zur heute applizierten Bruttoinlandsproduktmessung (BIP), die Wohlstand exklusiv auf Basis der Wirtschaftsleistung und des Pro-Kopf-Einkommens definiert, auf die sog. HDI (Human Development Index) Indikatoren wie Lebenserwartung, Bildungsniveau und demokratische Teilnahme. Sie geht einher mit den Ideen zu

einer nachhaltigen Entwicklung (Umwelt, Soziales und Ökonomie in Einklang bringen) unter Berufung auf die Appelle von Porto Allegre, der Agenda 21, etc. Wichtig ist hier, dass versucht wird, diese globalen Ansätze meist lokal oder territorial in Form von ortsspezifisch sinnvollen Aktivitäten umzusetzen, um so auf die realen Bedürfnisse der Menschen, aber vor allem auch auf ihre Ambitionen einzugehen. In ihrer praktischen Umsetzung reichen diese Aktivitäten von reziproken Bürgerdiensten über die umweltrespektierende Produktion von Gütern und anderen Dienstleistungen bis zu alternativen Geld- und Finanzierungssystemen, und dienen grundsätzlich einer humanen Entwicklung des Gemeinwesens und ausdrücklich dem sozialen Zusammenhalt. Letztendlich geht es darum, wie Patrick Viveret es beschreibt, dass zum Beispiel ein Autounfall mit allen Folgekosten heute in der Buchführung auf der Aktiv-Seite auftaucht, da er sehr viel zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt, obwohl es sich aber im Grunde um eine Beeinträchtigung der Lebensqualität der Betroffenen handelt, und diese sicherlich nicht bereichert.

Zweitens ist der legale Rahmen, in dem Solidarwirtschaft stattfinden soll, ein überaus wichtiges Arbeitsfeld für die Akteure. Wie bereits angedeutet, baut unsere demokratische Ordnung auf einem System von Rechten und Pflichten auf, aus dem sich ein komplexes und gewachsenes Konstrukt aus Gesetzen und Verträgen ergibt. Rechtssystem und Vertragswesen sind durch politische Entscheidungen und Maßnahmen grundlegend so ausgerichtet, dass das Wohlergehen der Gesellschaft darauf aufbaut, dass (privat-)wirtschaftliche Leistung den Reichtum erschafft und somit erlaubt, durch Umverteilung dieses Reichtums sozialen Missständen entgegenzuwirken. Das ist Sozialpolitik. Hieraus ergibt sich ein sehr ungesundes Abhängigkeitsverhältnis. Es geht also grundsätzlich darum, dass die Akteure der Solidarwirtschaft in ihrer Forschungsarbeit den Rahmen, den die Sozialgesetzgebung vorgibt, sprengen müssen, um sich von jedwedem Abhängigkeitsverhältnis gedanklich und praktisch frei zu machen. Dies bedeutet, dass man nicht nach Lösungen für die Anerkennung der Solidarwirtschaft suchen soll, indem man ein Gesetz im Rahmen der sozialpolitischen Dimension formuliert, sondern dass man unser Rechtssystem in seiner Ganzheit erfassen muss, um an verschiedenen Stellen feine Änderungen vorzunehmen, damit Solidarwirtschaft nicht nur Anerkennung findet, sondern klar und deutlich entsteht und sich durchsetzen kann. Konkrete Ansätze hierzu sieht man z. B. im Wirtschaftsrecht, im Bereich der öffentlichen Ausschreibungen. Diese können ein hervorragendes staatlich-demokratisches Steuerungsinstrument darstellen, sobald nicht nur der Preis der Leistung zählt, sondern auch ökologische und soziale Aspekte mit einbezogen werden, um so nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Auch im Unternehmensrecht sollte man den exklusiv kapitalistisch geführten

Unternehmen nichtgewinnorientierte Handlungsmodelle entgegengesetzten und diese verankern. Ein anderes Feld der Aufarbeitung ist selbstverständlich die Geld- und Finanzordnung, die auf gewissenhafte Art und Weise neu ausgerichtet werden muss, unter der Berücksichtigung lokaler Währungen und globaler ethischer Finanzierungssysteme.

3) Solidarwirtschaft, ein gemeinsames Lernen

Zu Erziehung, Bildung und Ausbildung

Erziehung, Bildung und Ausbildung sollten so gestaltet sein, dass der Mensch die Fähigkeit erwirbt, sein Leben, das der Gemeinschaft, die ihn umgibt, sowie die Umsetzung seiner Ambitionen respektvoll und verantwortlich zu realisieren. Dies geschieht heute kaum im Elternhaus, noch in der Grundschule, noch an Hochschulen, oder auch im (Erwachsenen-)Berufsleben, da in all diesen Lebensphasen das Diktat der treibenden und der sich als Selbstzweck etablierten neoliberalen Wirtschaftsform omnipräsent ist. Die Konsequenz ist somit, dass uns ein elementarer Baustein zu verantwortungsvollem Handeln abhandengekommen ist: die Wahl - ein demokratisches und freiheitliches Grundrecht.

Erziehung, Bildung oder Ausbildung?

Stellen wir uns einmal vor, unsere Kinder hätten ein wahres Grundrecht zur Wahl ihrer Ausbildung. Wir riskierten, morgen in einer anderen Welt zu leben!

Doch malen wir den Teufel nicht gleich an die Wand, es gibt genügend dieser garde-fous, die die Ambitionen unserer Kinder in geregelte Bahnen lenken. Die aktuell dominante neoliberale Doktrin hat dafür gesorgt, dass der Nährboden der menschlichen Arbeitskraft und der damit einhergehenden „persönlichen“ Einstellung in sehr jungen Jahren ausgiebig zum Wohle dieser Doktrin kultiviert wird. Sollen doch unsere Kinder einen Beruf erlernen, der sie später zumindest ernähren kann, der es ihnen ermöglicht, ein „besseres“ Leben zu führen. Was könnte dies bedeuten? Sozialer Aufstieg, mehr Geld und Anerkennung? Dies alles in einem uns nur allzu gut bekannten System, über das wir nicht müde werden zu behaupten, dass es sozial verantwortungslos ist, dass es unser natürliches Umfeld stark beeinträchtigt, dass es unser wirtschaftliches Handeln, das stetiges Wachstum fordert, in eine sich immer schneller drehende apokalyptische Spirale getrieben hat. Wenn wir diese Analyse auch nur im Ansatz gut heißen, besteht

dann nicht die Gefahr, dass wir unsere Kinder in Sozialdarwinismus erziehen und ausbilden? Jeder für sich - der Stärkere wird sich durchsetzen.

Erziehung und Ausbildung sind die ersten Wegweiser dafür, in welche Welt wir unsere Kinder morgen entlassen. Ihre Welt? Nein, bestimmt nicht. Es ist unsere, an der wir viel zu bemängeln, vor deren „Mechanik“ wir zum Teil kapituliert haben, da sie wie ein Selbstläufer Tag ein, Tag aus, unser Mitmachen erzwingt. Vornehmlich in unserer Arbeitsumgebung handeln wir so, weil wir uns offensichtlich dazu berufen fühlen. Nur hatten wir die Wahl, uns berufen zu fühlen? Gab es keine Wegweiser, die uns geleitet haben? Sind wir nicht mit voranschreitendem Alter mehr und mehr darauf hingewiesen worden, dass man den Schoß der Familie irgendwann verlassen muss und gezwungen sein wird, für sich selber zu sorgen? Hat nicht auch die Schule uns das gelehrt? Hat man uns dort nicht vermittelt, dass uns nach der Schule ein hartes Arbeitsleben bevorsteht und dass wir, je nach Begabung, eher den einen oder anderen Beruf anstreben sollen? Zumindest ist es so gewesen, als Angebot, sprich Arbeitsplätze, und Nachfrage, sprich Arbeitnehmer, noch mehr oder weniger numerisch vereinbar waren.

Heute stimmen sogar diese Koordinaten nicht mehr. Das Phänomen der Arbeitslosigkeit, des Nicht-Gebraucht-Werdens ist der empirische Beweis. Die sanfte Selektion die unsere Generation erfuhr, reicht heute nicht mehr aus. Die Schule wird somit immer mehr zu einer Institution, die die Hatz auf die Arbeitsplätze organisiert. Welche Arbeitsplätze das sind, definiert die Wirtschaft und alle die, die sich kritiklos an ihrer Entwicklung beteiligen. Aufgrund dieser mangelnden Hinterfragung kann die Wirtschaft nicht nur die Zahl der Arbeitsplätze, sondern auch automatisch die Kompetenzen bestimmen, die sie braucht, und somit die Art der Berufe die zu ihrer eigenen Weiterentwicklung erforderlich sind.

Man müsste hieraus schließen, dass die Vorgabe, in unserer Gesellschaft könnten Kinder ihrer Berufung freien Lauf lassen, folglich ihren Beruf frei wählen und somit ihre Zukunft mit gestalten, eine Mähr ist. Wie steht es denn um das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, fordert sie nicht ein Umdenken auch und vor allem in den Fragen der Erziehung und der Ausbildung? Natürlich tut sie das. Natürlich wird dieses Konzept in der Schule thematisiert. Aber auch von den Eltern, den Politikern, den Medien und last, but not least auch ausdrücklich von der Wirtschaft. Stellen all diese Institutionen dabei ihr aktuelles Handeln in Frage? Vordergründig – sicherlich. Denn Eltern halten ihre Kinder dazu an, Müll zu trennen, Pädagogen werden nicht müde, den Kindern den drohenden Klimawechsel zu erklären, Politiker erfinden neue Besteuerungs- und Repressionssysteme um Umweltbelastung zu strafen, Medien berichten kritisch und ausgiebig über die Folgen des letzten

Tsunami und die Wirtschaft entwickelt ständig neue Konzepte zur sozialen und ökologischen Verantwortung. Der Druck auf die Menschen in unserer Gesellschaft nimmt nicht ab. Im Gegenteil, zum „Fordern“ in Bezug auf das wirtschaftliche Überleben jedes Einzelnen, fügt sich der Druck seines verantwortungsvollen nachhaltigen Handelns.

Wir leben also in einer Epoche, in der wir auf der einen Seite unseren Kindern erklären sollen, dass ein kapitalistisch organisiertes Wirtschaftssystem von ihnen verlangt, Gier und Rücksichtslosigkeit zu verinnerlichen, um das eigene Überleben zu sichern, und die auf der anderen Seite uns aufzeigt, dass es Zeit ist, Verständnis sowie Automatismen zu entwickeln, die einen gewissenhaften Umgang mit unserer Welt gestatten, und dazu führen sollen, dass unsere Kinder in Zukunft die Chance haben, in einer intakten Welt zu leben. Diese Gegensätzlichkeit in unserer gesamtgesellschaftlichen Lebensführung ist unvereinbar und erschüttert nachhaltig das Vertrauen der Heranwachsenden in unsere Institutionen. Stehen wir also wiederum vor einer Krise der Institutionen, wie etwa vor 40 Jahren als die Menschen sich gegen eine verkrustete konservative Gesellschaftsordnung auflehnten, in der Autorität und andere nicht hinterfragte Zwänge, unter der Furchel des Honoratiorentums, das Leben in der Gesellschaft regelten? Wer sind unsere heutigen Honoratioren? Nur die Wirtschaftsbesitzer und Organisationen wie WHO oder IWF? Oder zählen wir alle dazu?

Diese Institutionskrisen mögen zyklisch sein und mit dem Fortschritt periodisch gesamtgesellschaftliche Infragestellungen neue Antworten suchen. Vor 40 Jahren lehnte sich zuallererst die Jugend gegen die damals existierenden gesellschaftlichen Zustände auf. Ist es besser geworden?

Wenn die Mehrheit der Berufstätigen nun aussagen würde, dass es schwierig für sie ist, ihren Beruf und den Sinn des Lebens miteinander in Einklang zu bringen, sollte man über Erziehung, Ausbildung und BERUFung nachdenken und würde vielleicht erkennen, dass im Sinne nachhaltiger Entwicklung in Zukunft andere Berufe erfordert sind als die Wirtschaft sie heute fordert. Ohne den Fortschritt in Frage zu stellen, sondern ihn als Chance begreifend, sollten wir unsere Kinder darüber entscheiden lassen, welcher Berufung sie nachgehen wollen und dafür sorgen, dass der ethische ebenso wie der anerkennende Wert ihrer zukünftigen Arbeit einen angemessenen Rahmen finden kann.

Die Bürgerbildung: ein gemeinschaftliches Lernen, ein sich Weiterbilden, vor allem eine kollektive gestalterische Kraft

Die nachhaltige Entwicklung zwingt uns zu einem Umdenken bezüglich der institutionellen Protagonisten des Lernens. Wenn das kritische Hinterfragen hier nicht zu den prioritären Lernstoffen zählt, dürfte man als quasi ausserkonstitutionelle Initiative die Idee einer Institution, die den Bürgern die Möglichkeit gibt, sich kritisch mit der Welt in der sie leben, auseinanderzusetzen, wieder verstärkt aufgreifen. In diesem Sinne wäre es durchaus sinnvoll, sich auf die Konzepte der Volksbildungsvereine oder der Volks- oder kritischen Universitäten zu berufen. Bei allen diesen Bestrebungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts, egal ob liberaler, sozialer oder religiöser Natur, ging es darum, den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich weiterhin Wissen anzueignen und dieses Wissen auch zu besprechen. Man vermochte verantwortungsbewusste Bürger zu formen und diesen die Möglichkeit zu geben, sich besser in ihrem Umfeld zu bewegen. Stellt sich also die Frage, ob und inwiefern diese Konzepte sich auf den Menschen, den Bürger, als ein zusätzliches Element des gestaltenden, auch gesellschaftlichen, Wandels ausprägen konnten.

Paulo Freire, einer der Väter dieser Bewegung, beschreibt Wissensvermittlung im klassischen Sinne der Schule zum einen als *The Banking Concept of Education*, bei dem es vornehmlich die Aufgabe des Lehrers ist, die Köpfe der Schüler mit Inhalten zu füllen, losgelöst von der Realität und ohne eine Verbindung zu einem größeren Ganzen, das sie ins Leben rief und ihnen Bedeutung verleihen könnte; mit der Ausnahme, dass diese Inhalte später abrufbereit sind, so Freire, dass sie die Schüler passiv macht und sie die scheinbare Realität der ihnen präsentierten Welt nicht lernen zu hinterfragen. Als Alternative dazu entwickelt er das *Problem-posing Concept of Education*, das den Menschen erlauben soll, die Welt nicht als statische Realität zu erleben, sondern zu lernen, die Realität als Prozess zu erfahren; dies, indem der Schüler-Lehrer-Widerspruch aufgehoben wird und den Menschen die Möglichkeit geboten wird, in Form von Problem formulierender Bildung die Kraft zu entwickeln, die Welt kritisch zu erfassen. Freire zeigt auch ansatzweise auf, dass in einem solchen Dialogkonzept die theoretische Reflexion nach Aktion verlangt. Für die Praxis bedeutet dies, dass ein optimaler Unterricht beide Elemente in einem ausgewogenen Verhältnis beinhalten muss. Diese Einschätzung fördert in ihrer Dualität, wie Freire beschreibt, die Bewusstseinsbildung und damit auch die Autonomie des Individuums. Dies fördert natürlich seine Kommunikationsfähigkeit und erlaubt ihm eine stärkere Interaktion mit anderen. Der Gedanke sollte durch eine zusätzliche Dimension erweitert werden, nämlich den der kollektiven Aktion

in Verbindung zum Territorium als natürliches, aber auch sozio-politisches und ökonomisches unmittelbares Umfeld des Menschen.

Wenn man der Reflexion Freies zur Förderung der menschlichen Kommunikationsfähigkeit aktuelle Bedeutung beimisst, dies in Bezug auf unsere moderne Wissens- und Kommunikationsgesellschaft, so kann man daraus schließen, dass durch die weltweite Vernetzung der Information und des Wissens (Internet!) der einzelne Bürger sich bilden, dass aber damit nicht gewährleistet ist, dass er als Einzelner einen unmittelbaren Einfluss auf seine soziale Umgebung nehmen kann. Bürgerpartizipation als fortschrittliche Bewegung, d. h. die aktive Zivilgesellschaft, müsste in diesem neuen, modernen und globalen Kontext demnach auch neu lernen, sich, im Sinne der Aktion, zu bewegen. Eine lernbereite und für positive gesellschaftliche Veränderungen stehende Zivilgesellschaft müsste, auf Basis eines global zur Verfügung stehenden Wissens, davon ausgehen, dass die Aktion ganz eng mit ihrer territorialen Verbundenheit zu tun hat und ein lokal-kollektives und vernetztes Handeln erfordert.

Von den sozialen Professionen zu *Agents of Change*

Aufgrund der o. g. Erkenntnisse müssen die Sozialwissenschaften und -professionen hinterfragt werden. Es erweist sich als Dilemma, dass vor allem eine Art Gewissheit ihnen Autorität verleiht, ihre Art des Arbeitens ihnen Legitimität verleiht, ihre Arbeit selbst aber eher nach einer Haltung des Verstehens von vielschichtiger Unsicherheit, in der der Zweifel als gemeine Basis Allgemeingültigkeit hätte, verlangt. Ihr Dilemma ist sicherlich von geringerer Hinderlichkeit bezüglich ihre Ambitionen hinsichtlich des Verstehens und der Analyse des universalen Verständnisses humaner oder gesellschaftlicher Herausforderungen und Zusammenhänge, als ihrer Ambitionen, situationsnah diesen Umständen mit Lösungen zu begegnen, in denen sie traditionsgemäß mit Hilfestellungen und Betreuung agieren. Interpretativ Bezug nehmend auf die Hegelsche reziproke Anerkennungstheorie, gilt dies umso mehr als auch diese Form der Aktion einen sehr humanen und altruistischen Charakter für sich reklamiert.

Soziale Wissenschaften auf Distanz zum Menschen

Was den ersten Teil betrifft, das Verstehen und die Analyse, so kann man feststellen, dass die verschiedenen Schulen in diesem Bereich einen gemeinsamen Nenner haben, nämlich die Berücksichtigung des Individuums, seiner Rolle im Kollektiv und des hieraus resultierenden Impakts der Verhaltensweisen auf das (Nicht-)Funktionieren unserer Gesellschaft. Dieser Auftrag des Verstehens und der

Analyse des Individuums und der sozialen Gruppen wird zu oft auf ein simples Beobachten reduziert und die hieraus resultierenden Schlussfolgerungen weichen dezidierten Stellungnahmen zu realen Situationen in denen ein Individuum oder ein Kollektiv sich befinden kann, aus. Diese Art zu arbeiten verlangt nach Distanz und vernachlässigt das Engagement und damit die Risiken der Interpretation und eventuellen Handlungen, die durch Zweifel und Teilhabe ein wesentlicher Bestandteil des Verstehens und der Analyse wären. So gesehen sind diese spezifischen konfliktuellen Umstände eine der Hauptursachen für das Dilemma. Diese distanzierte Herangehensweise bringt es mit sich, dass man menschliches oder kollektives Verhalten und Handeln in Sparten aufteilt, idealerweise noch in Kategorien, um so allgemeingültige Schlüsse in Bezug auf spezifische das Gemeinwesen betreffende Situationen zu ziehen.

Indem man solche Verhaltens- und Handlungssparten als konstitutive Bausteine in das Individuum oder das Kollektiv hinein projiziert, erschafft man genormte Patchworkmenschen (bzw. -kollektive) und läuft Gefahr, das Individuum oder das Kollektiv fragmentarisch zu korrigieren, damit es in das Gemeinwesen passt. Man erkennt nicht, dass durch fehlerhafte Kokonstruktion und Zweifel an der Aktion eigentlich erst ein reziprokes Gemeinwesen der permanenten organischen Transformation, entstehen kann. Dem Individuum bzw. dem Kollektiv wird so in der Tat die Ganzheitlichkeit seiner Verantwortung entzogen und er, es, wird sich demnach keine begreifende und übergeordnete Verantwortung für das soziale Gefüge in dem er, es, evoluiert, aneignen können.

Dieser Beitrag fixiert sich somit auf das Verhalten der Individuen in einem bestehenden System, welches verhindert, dass eine profunde Ursachen-Wirkungsanalyse stattfinden kann und somit dem Individuum die Fähigkeit nimmt, eine Veränderung des Systems selbst herbeizuführen. Wenn man davon ausgeht, dass das Individuum Ko-Konstruktor seines Gemeinwesens ist, so fällt ihm logischerweise die Rolle des Gestalters zu und es erwirbt gleichermaßen das Recht zur Intervention. Dies müsste bedeuten, dass die Sozialwissenschaften sich ihrer Verantwortung und Einmischung in Bezug auf den Aspekt der Systemveränderung stärker bewusst werden und durch entsprechende Handlungsoptionen dazu beitragen, neue Inhalte in den Kontext sozialer Professionen einzubringen, die, hierauf aufbauend, neue Ansätze zur Intervention in Bezug auf Mensch und Umfeld erlauben.

Systemveränderung verlangt danach, dass die Forschung den Faktor der Imperfektion des emotional handelnden und zweifelnden Individuums stärker als einen konstruktiven Beitrag behandelt, ansonsten kommt man nicht um

die Feststellung herum, dass die Sozialwissenschaften heute allzu stark im von Erich Fromm beschriebenen Spannungsfeld von „Haben oder Sein“ in ihrer Arbeit zum Haben - im Sinne eben auch der Gewissheit - tendieren und somit Mitverantwortung tragen an den derzeitigen sozio-ökonomischen Umständen, die eher einen ausschließenden als integrativen Charakter haben.

Soziale Professionen als reziprokes Gestaltungsinstrument

I. d. R. arbeiten die Ausführenden der sozialen Professionen in einem von der Wissenschaft beschriebenen Kontext, der recht exklusiv und auf erdrückende Weise eine Auswahl an Fehlverhaltensmustern zum Ausgangspunkt nimmt und damit ein Postulat der Gewissheit schafft, hieraus ein Handwerkszeug definiert und zur Verfügung stellt, welches grosso modo nur eine autoritäre Gesinnung der Intervention zulässt. Dieser Umstand bedeutet, sowohl für den Ausführenden wie auch die Zielperson bzw. die Zielgruppe, dass sich ein absolut ungleiches Sender-Empfängerverhältnis einstellt, da durch Deduktion nur eine der beiden Parteien im Besitz der Gewissheit sein kann und dadurch jedwede Art einer emanzipierten Reziprozität im Suchen nach Lösungsansätzen und Gestaltungsmöglichkeiten von vorneherein behindert wird. Somit wird klar, dass dieses „Handwerkzeug der Gewissheit“ weder den Sender noch den Empfänger zufriedenstellen kann. Im Gegenteil, dieser Umstand bewirkt, dass der Begriff des (Selbst)Mitleids als Verstärker aber auch als Ware in die Sender-Empfänger-Beziehung einfließt und faktisch als gegenseitiges Zahlungsmittel für den Tausch mit der Ware „Gewissheit“ erhalten muss. Die Beziehung, die in ihrer Essenz im Bereich des gegenseitigen Verstehens und gemeinsamen Gestaltens, also im Paradigma des Seins, angesiedelt ist, wird somit zu einer quasi ökonomischen Relation und findet im Paradigma des Habens statt.

Eine solche Handhabung, die einer Selbsttäuschung gleichkommen kann, erklärt sich daraus, dass man es sich angewöhnt hat, auch soziale Arbeit, welche zu einem bestimmten Moment in einem bestimmten Umfeld geleistet worden ist, sofort bemessen zu müssen und dafür im Paradigma des Habens sehr wohl vertraute Instrumente und Schemata zur Verfügung hat, um verifizierbare und ergebnisorientierte Arbeit solchermaßen angehen zu können, um sie gleichfalls zu legitimieren. Die Möglichkeiten der individuellen und kollektiven Neugestaltung der gesellschaftlichen Transformation durch das emanzipierte und reformbereite Individuum und im Zuge dessen seine eigene womöglich verbesserte Lebenssituation können somit nicht zum Tragen kommen. Die selbst auferlegte Quasineutralität, die das Gespann „Gewissheit-Haben“ darstellt, verhindert, dass die ganzheitliche Verantwortung des Individuums gegenüber seinem Umfeld

gefordert wird und dadurch der multidimensionalen Veränderung im Geiste eines „Sein-Zweifel“ Gespanns strikte Grenzen gesetzt wird. So ist man weit entfernt von einer gegenseitigen Verständigung im Sinne einer problem-solving Lern- und Gestaltungsstrategie. Die angewandten Konzepte der Gewissheit führen im Endeffekt eher zum Resultat, dass der Ausführende der Sozialarbeit mit Instrumentarien des Seinuniversums auf seinen Gegenüber einwirkt, um es ihm zu ermöglichen, im Universum des Habens besser zurechtzukommen und sein eventuelles (Selbst)Mitleid in für ihn erträgliche, das System nicht störende, Bahnen zu lenken. Hierdurch wird offensichtlich, dass Sozialwissenschaft und -arbeit sich die Frage stellen müssen, ob sie weiter vornehmlich den Wegen folgen, die auf die Veränderung des Verhaltens des Individuums in einem gegebenen Ordnungsrahmen abzielen, oder ob sie verstärkt die individuelle Kraft der Leidenschaft und des Zweifelns - eben auch an diesem Ordnungsrahmen – fördern, damit gleichberechtigte Diskussion und Gestaltung teilhaben, können daran, die Möglichkeiten der positiven gesellschaftlichen Transformation in Zukunft auf sozialer, ökologischer und ökonomischer Ebene nachhaltig zu ko-konstruieren. So würde Sozialarbeit zu einer realen und integrativen Kraft (empowerment) in Bezug auf demokratische Teilhabe und gesellschaftliche Veränderungsprozesse.

4) Solidarwirtschaft, eine Infragestellung von Politik und Wirtschaft

Politik und soziale Verantwortung

Sozialpolitik der Moderne

Im Eintritt in das 21. Jahrhundert bietet sich uns in diesem Moment die Möglichkeit der Neugestaltung unserer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung. Diese gilt es nicht zu verpassen, insbesondere unter dem Eindruck der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Das neoliberale Modell, das sich mit seinem Gedankengut seit über 40 Jahren in allen unseren Lebensbereiche eingebürgert hat, stößt heute an seine Grenzen. Es hat seine zerstörerische Kraft gezeigt, indem es jedwede Form der sozialen Kohäsion und der Solidarität kontinuierlich demontiert hat. Stark verbreitet, doch wohl oft nur vordergründig, sind heute die Appelle von Verantwortung tragenden Persönlichkeiten, die davor warnen, jetzt wieder in eine Jeder-für-sich-Mentalität zurückzufallen, die ein Umdenken einfordern, sodass in Zukunft Wirtschaft wieder dem Menschen dient, dass ein Neuaufbau auf den Grundsätzen der Humanität und der Solidarität möglich ist. Reicht dies, um ein Umdenken herbeizuführen? Ist der Ansatz der nachhaltigen Entwicklung,

der bereits allzu oft bemüht wurde, stark genug, um eine solche Transformation effektiv zu stützen? Ist ein allgemeiner gesellschaftlicher Konsens in diesen Fragen möglich und kann so Solidarität zur Grundlage für eine neue Gesellschaftsordnung werden?

Um diese Fragen zu beantworten, ist es notwendig sich intensiver mit dem Begriff der Solidarität in seiner neueren Geschichte zu befassen, dies explizit im Wechselspiel mit der jeweilig dominanten europäischen Wirtschafts- und Sozialordnung. Jean-Louis Laville verweist in diesem Zusammenhang auf drei zu erwägende und zu unterscheidende Epochen in der Neuzeit. Diese Inhalte dürften dazu dienen, den Auftrag, den die Solidarwirtschaftsbewegung sich gegeben hat, in einem historisch-plastischen Kontext zu erfassen und ihr so demokratische, politische und ökonomische Legitimität zu verleihen.

Erstens wird im Laufe des 19. Jahrhunderts mit der Einsetzung der modernen Demokratie das Prinzip der (Staats)Bürgerschaft eingeführt, woraus sich vor allem auch der Schutz der individuellen Freiheit als wesentlicher Faktor herauschält. Aber, damit einhergehend auch die Freiheit, sich zivilgesellschaftlich zu organisieren, ebenso wie die Möglichkeit gemeinschaftlich, auch gewerblich, tätig zu werden. Aus diesem Blickwinkel heraus ist der Begriff Solidarität der Ausgangspunkt der es erlaubt, Formen der Selbstorganisation hervorzubringen, die soziale Relationen in Verbindung mit Know-how auf eine Stufe setzen und so eine Symbiose aus demokratischen Ambitionen und sozial-ökonomischen Bestrebungen beinhalten. Zweitens sieht man Ende des 19. Jahrhunderts, im Zuge der Entstehung der Nationalstaaten, deren nationaler Reichtum exklusiv auf das Modell der Marktwirtschaft aufbaut, wie die Notion der Solidarität immer mehr zu einem philanthropischen, nach Mitleid verlangendem und gelebten Begriff reduziert wird, der in seiner Konsequenz Ungerechtigkeit und Ungleichheit zulässt und letztendlich die Verwaltung von Armut legitimiert. Drittens entsteht nach dem Zweiten Weltkrieg das perfektionierte Modell einer „Sozialen Marktwirtschaft“ wie wir es heute kennen, auf der einen Seite mit dem Markt als Erschaffer des Reichtums und auf der anderen mit der öffentlichen Hand als staatlicher Umverteiler. Hieraus könnte man ableiten, dass durch dieses Zusammenspiel die Solidarität in den Rang eines „Rechts“ erhoben wurde, dass aber zugleich dieses Modell eines Wohlfahrtsstaates an seine Grenzen stößt. Es baut ausschließlich auf der Idee auf, dass Solidarität nur durch Gewinnabschöpfung vom Wirtschafts- und Marktwachstum stattfinden kann.

Vor diesem historischen Hintergrund muss man sich somit die Frage stellen, ob man dieses heutige System so weiterhin aufrechterhalten will, wobei wir dann

sehr stark riskieren in die zweite, philanthropische Armut erlaubende Epoche der Solidarität zurückzufallen, oder ob wir die Fähigkeit entwickeln wollen, aufbauend auf dem bereits Existierenden, uns zurück zu ersten Epoche zu entwickeln und demokratisch-ökonomisch emanzipierende Elemente in unsere Reflexionen und Projektionen einfließen zu lassen.

Die derzeit favorisierte selektive Sozialpolitik

Selektive Sozialpolitik beinhaltet in ihrer Definition das Erkennen und die Trennung von Zuständen, also auch die Zulassung von Extremen, die sich u. a. durch Begriffe wie „arm“ und „reich“ verdeutlichen lassen. Die selektive Vorgehensweise ist ein klassisches Mittel konservativer Politstrategen. Man kann demnach die römische *Maxime divide et impera* bemühen, um das heutige taktische Vorgehen der Politiker der staatstragender Parteien zu umschreiben. Selten sind die Beispiele geworden an denen sich programmatische Unterschiede in gesellschaftspolitischen Themen zwischen konservativen und progressiven Parteien ausmachen lassen. Die in Europa derzeit geführte Debatte zur Euthanasie ist so ein Thema. Sie kann stattfinden, da sie polarisiert, aber sie muss als Nebenschaukampfpfplatz erhalten, um von anderen (über) lebenswichtigen, die aktuelle sozio-ökonomische Politik betreffenden, Fragestellungen abzulenken. Was sind denn spezifisch gesellschaftspolitische Themen? Was unterscheidet sie von anderen, unspezifischen Themen? Leben und Tod wird als gesellschaftspolitisches Thema definiert. Es geht alle Menschen etwas an. Die Trennung von Kirche und Staat ist beispielsweise ein anderes solches Thema.

Solche Themen stellen die Frage nach dem zukünftigen Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Sie fragen nach den Werten unserer Gesellschaft, um der Politik die Möglichkeit zu geben, im besten demokratischen Sinne gestalterisch der Allgemeinheit zu dienen. Wie steht es mit dem reinen Überleben? Ist dies auch ein gesellschaftspolitisches Thema? Wohl nicht unbedingt, denn hier sagt uns die Politik, ob konservativ oder progressiv, dass wir differenziert an das Thema herangehen müssen. Die vornehmlich philosophische Wertediskussion tritt somit oft in den Hintergrund und wird ersetzt durch eine Reihe realpolitischer und folglich sektorieller Debatten.

Was brauchen eine Gesellschaft und ihre Mitglieder zum Überleben? Um nur einige wichtige Faktoren zu nennen: Sicherheit, Arbeit, eine gut funktionierende Wirtschaft (vor allem Wachstum?), ein ordentliches Schulsystem, eine optimale gesundheitliche Versorgung, ein unbestechliches Rechtssystem und eine intakte Umwelt. Aber vor allem, ein solidarisches Miteinander.

Ist Solidarität somit ein gesellschaftspolitisches Thema?

Oft wird der soziale Zusammenhalt, die Solidarität der Menschen untereinander, in unserer Gesellschaft als ein absolut vorrangiges Ziel politischer Arbeit dargestellt. Welcher Politikbereich ist zuständig, wenn nicht alle? In der Praxis verhält sich aber eher so, dass dieses Thema von einigen Ministerien „bearbeitet“ wird, die eingegrenzte Ansätze unter ihrem Zuständigkeitsbereich führen, so z. B. das Ministerium für Gesundheit und soziale Sicherheit, das Familien- und Integrationsministerium oder auch das Arbeits- und Beschäftigungsministerium. Sie regeln vor allem die Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums, für dessen Zustände kommen andere Ministerien die Rahmenbedingungen geschaffen haben.

In unserem sozialmarktwirtschaftlichen Modell geschah diese Umverteilungspolitik bis dato mehr oder weniger indem man die allgemeinen Bedürfnisse in der Bevölkerung ausmachte und diese kollektiv zufrieden zu stellen versuchte, seien dies z. B. Alterssicherungs- und Krankenkassensysteme, die Regelung der Arbeitsverhältnisse oder auch andere sozialen Hilfsleistungen. Heute nun werden diese für die Umverteilung zuständigen Ministerien damit beauftragt, selektiver an ihre Aufgaben heranzugehen. Der Grund: Die Mittel zum Umverteilen reichen nicht mehr; dies vor dem Hintergrund einer doch noch immer ständig expandierenden Wirtschaftsleistung, also auf der Basis eines nie da gewesenen Reichtums in unserer Gesellschaft. Dieses selektive Vorgehen und die damit einhergehende Parzellierung der Verantwortlichkeiten erinnern an einen längst überwundenen Taylorismus der Arbeitsorganisation in der Industriegesellschaft. Dabei versucht die Politik uns ständig klarzumachen, dass wir an der Schwelle zur Wissensgesellschaft stehen und wir dabei sind, die Ziele der Lissabonstrategie umzusetzen. Ein absoluter Widerspruch. Es zeigt sich eindeutig, dass die programmatischen Entwürfe der Parteien, egal ob konservativ oder progressiv, immer mehr einer längst überholten technokratischen Herangehensweise unterliegen und die politische Mitte sich als Spielwiese für die Preisgabe von politischer Verantwortung entpuppt. Für den Einzelnen bedeutet dies den Ausverkauf der Solidarität. Aus bislang allgemeingültigen Rechten der Bürger werden schleichend individuelle Ansprüche eines jeden. Bearbeiten müssen diesen immer aufwendiger werdenden Apparat Verwaltungen mit sehr spezifischen Aufträgen, Kompetenzen und, ergo, Macht, da sie vornehmlich auf individuelle Begehren reagieren und immer weniger mit kollektiven Ansprüchen konfrontiert werden. Dies bedeutet, dass sich die Politik nicht nur ihrer gestalterischen Verantwortung entzieht, sondern zunehmend auch ihrer Verantwortung in der Rolle des Wächters über die öffentlichen Institutionen und Verwaltungen.

Wirtschaft und soziale Verantwortung

Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen kann zum Teil von einzelnen Personen geleistet werden, sie wird aber i. d. R., wenn man die Komplexität der Herstellung dieser Waren in Betracht zieht, von Kollektiven geleistet. Diese Kollektive formen den Betrieb. Im kapitalistischen System ist die Herstellung von Gütern oder Lieferung von Dienstleistungen, die der Allgemeinheit nützen würden, nicht mehr die Hauptaufgabe eines Betriebes. Sie sind Mittel zum Zweck der Gewinnmaximierung.

Vor dem Hintergrund der allgemein akzeptierten notwendigen gesellschaftlichen Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung dürfte man annehmen, dass die Betriebe ihre Aufgaben jetzt überdenken. Dies scheint auch der Fall zu sein, zumindest vordergründig, betrachtet man die groß angelegten medialen Kampagnen, die mit der Zauberformel der „Sozialen Verantwortung der Unternehmen“ ihre nachhaltigen Ambitionen publikumswirksam zu Markte führen. Werden wir getäuscht?

Menschliches Kapital für das Überleben der Betriebe

Wenn seit einiger Zeit, im Zuge der Globalisierung, die Forderung nach der sozialen Verantwortung der Betriebe laut wird, so heißt dies, dass dieser Gedanke die privatwirtschaftlichen Unternehmen bis dato kaum interessierte. Die Unternehmen hatten sich daran gewöhnt, einen finanziellen Profit zu erwirtschaften, der ihre Shareholders zufrieden stellte, dies in einem spekulativen Universum, indem das Primat des Angebots auf die Nachfrage gilt, indem die Arbeitskraft zur Ware wird und somit zu einem variablen Ausgleichsfaktor, indem vornehmlich der endogene Charakter der Produktion und der Produkte verwischt wird, dies durch eine fortwährende Umdefinierung des zu bearbeitenden und zu besetzenden Raumes (territorial, national, international und global).

Wenn dies die einzigen Attribute sind, die ein Unternehmen ausmachen, so sie man sich einem rational operierenden Objekt gegenüber, das aber kaum dazu fähig ist, seine ursprüngliche Aufgabe zu erfüllen: die Befriedigung realer Bedürfnisse. Es läge in der Natur der Unternehmen, sich in den Dienst des Menschen zu stellen; nicht umgekehrt, wie dies heute der Fall ist, indem es zu einem Mastodonten mutiert, der, um zu existieren, sich die Menschen zu dienen macht. Das Unternehmen ist dazu prädestiniert, sich als eigenständige Finalität zu begreifen, dessen Eigenleben die Berechtigung seiner Existenz ist und es befähigt, sich im Kampf mit analogen Elementen in einem so entstandenen feindlichen Kosmos zu

behaupten. Die Mechanismen, die diesen Kosmos regeln, sind uns vertraut und wir haben sie, wie es scheint, als Fatalität verinnerlicht. Es sind die Konkurrenz, das zwanghafte Wachstum, die Leistungsfähigkeit, die Rationalisierung oder auch die Delokalisierung, um nur einige zu nennen. Dies alles findet statt, um das Überleben des Unternehmens zu garantieren. Wie sieht es nun mit dem Überleben des Menschen aus? Man kommt nicht umhin festzustellen, dass im Namen des Überlebens des Unternehmens das Überleben von Menschen geopfert wird. Die viel beschworene soziale Verantwortung der Unternehmen wird zu einer Farce. Sie ist eine Unlogik in sich, da eine anonyme, abstrakte und indifferente Wesenheit wie das Unternehmen keine humanoiden und edelmütigen Verhaltensmuster entwickeln kann. Es wird klar, dass es in diesem Kontext viel eher um die soziale Verantwortung der Unternehmer geht.

Betriebe für das Überleben der Menschen

Das ursprüngliche Verhältnis zum Unternehmertum muss wiederbelebt werden, damit der Betrieb als sozial agierendes Konstrukt zum Wohle des Menschen operieren kann. Die solidarwirtschaftlichen Betriebe tun dies. Der Mensch steht im Mittelpunkt der Dynamik wirtschaftlichen Handelns. Der Betrieb ist Mittel zum Zweck. Sie erreichen dies, erstens, indem die Unternehmen sich aufrichtig an der Zielvorgabe „nachhaltige Entwicklung“ orientieren, im Sinne von ökologischen, sozialen sowie ökonomischen Dispositionen, und damit die Voraussetzung schaffen, dass auch zukünftige Generationen einen Planeten vorfinden, auf dem sie leben und unternehmen können. Zweitens, indem sie der Zivilgesellschaft die Möglichkeit bieten, sich stärker zu dem Begriff „Territorium“ einzubringen, d. h. die kommunale oder regionale Ebene, in der unternehmerisch gestaltet wird, dies auch in puncto sozio-ökonomischer Aktivität. Diese hier beschriebene territoriale Größenordnung als Aktionsradius ist sicherlich die geeignete, um den Bürgern eine Mitgestaltung im Sinne einer effektiven partizipativen demokratischen Ordnung zu ermöglichen.

Dies steht im Gegensatz zu dem heute anerkannten Raumbegriff für ökonomische Aktivitäten, der als Projekt wohl immer noch eng mit dem Nationalstaat verbunden ist. Jedoch muss man feststellen, dass immer weniger demokratische Entscheidungsfindung in diesem Rahmen stattfindet, da hierfür die Projektionen wie die Europäische Union bis hin zu einer globalisierten neuen Weltordnungsvorstellung, immer mehr die überhand gewinnen in Bezug auf die Regelung und Orientierung des sozio-ökonomischen Geschehens. Dies ist umso gefährlicher, da die selbst ernannten Organisierer unserer Weltordnung, sprich die G8- und G20 Mitglieder, unterstützt und zum großen Teil gelenkt

von einer Armada von Experten und Lobbyisten, dazu übergegangen sind, den Wettbewerb als einzig mögliche Kraft zur Weiterentwicklung der Menschen und der Gesellschaft zurückzubehalten und damit vorbehaltlos dem Staat die Ideologie der Wettbewerbsfähigkeit, nach dem Muster kommerzieller Betriebe, aufzwingen wollen. Dieser Wettbewerb zwischen demokratisch aufgebauten Nationalstaaten oder größeren politisch-ökonomischen Blöcken, so z. B. auch die Europäische Union, kann nicht Ziel einer friedfertigen Weltordnung sein. Im Gegenteil, er kann in dieser Form nur Verursacher von Ungleichheit durch Ausnutzung von bestehenden volks- und betriebswirtschaftlichen Vorteilen sowie Nachteilen sein und führt zu einer globalisierten Gesellschaftspolitik, die die Profitmaximierung als oberstes Ziel kennt.

Ehe dieser Versuch der politischer Verwirtschaftlichung der Demokratie unumkehrbare Zustände erreicht, sollte man Sinn und Zweck eines Betriebes auf der Basis verschiedener Prüfsteine kritisch hinterfragen, dies unter Berücksichtigung der vergangenen volks- und betriebswirtschaftlichen neoliberalen Irrungen und vor allem mithilfe der großen Anzahl an alternativen Wirtschaftsakteuren. Anhand dieser Hinterfragung, die eng mit der Frage nach Konkurrenz und/oder Kooperation verknüpft ist, geben folgende fundamentale Fragestellungen erste Aufschlüsse über eine neue Ethik für wirtschaftliches Handeln:

Erstens, wie stehen Betriebe zur Frage ihrer gesellschaftlichen Verantwortung? Fördern sie den Gemeinwohl oder favorisieren sie eher den Individualismus? (Siehe hierzu Abbildung 4: Die Solidarwirtschaft steht im Zentrum der Gesellschaft)

In Abbildung 4 wird der Versuch unternommen, ein Diagramm zu erstellen, in dem die verschiedenen relevanten Wirtschaftsakteure durch die Kreuzung zweier Axen mit den Prüfsteinen „kollektive /individuelle Verantwortung“ und „Volks-/ Privatwirtschaft“ konfrontiert werden, dies in vier Spannungsfeldern und in Abhängigkeit der Wichtigkeit ihres Beitrages zur sozialen Kohäsion.

Zweitens, wie sind Betriebe in Bezug auf ihren Beitrag zur demokratischen Ordnung und ihrer territorialen Verantwortung aufgestellt? Favorisieren sie Mitbestimmung oder sind sie Träger einer globalen und uniformen Doktrin? (Siehe hierzu Abbildung 5: Demokratisierung der Wirtschaft)

Nach dem gleichen Muster wie bei Abbildung 4 werden in Abbildung 5 die Wirtschaftsakteure mit den Prüfsteinen „demokratischer/dogmatischer Raum“ und „lokaler/weltweiter Raum“ konfrontiert, um so ihren Beitrag zur sozialen Kohäsion abzuwägen.

Abbildung 4:

Die Solidarwirtschaft steht im Zentrum der Gesellschaft

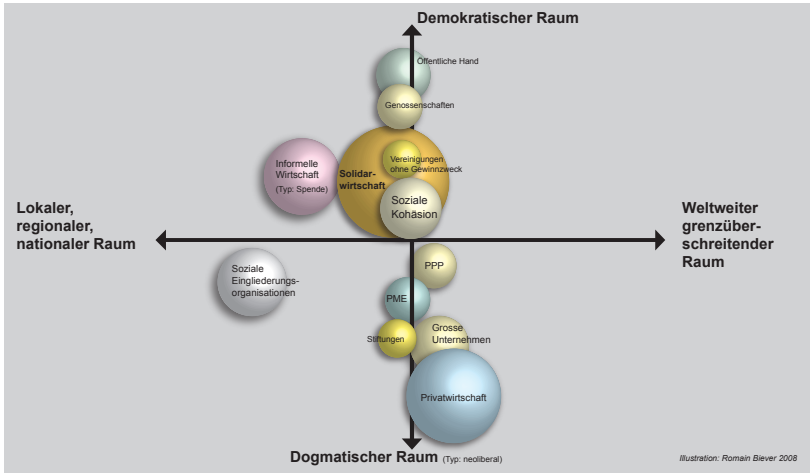
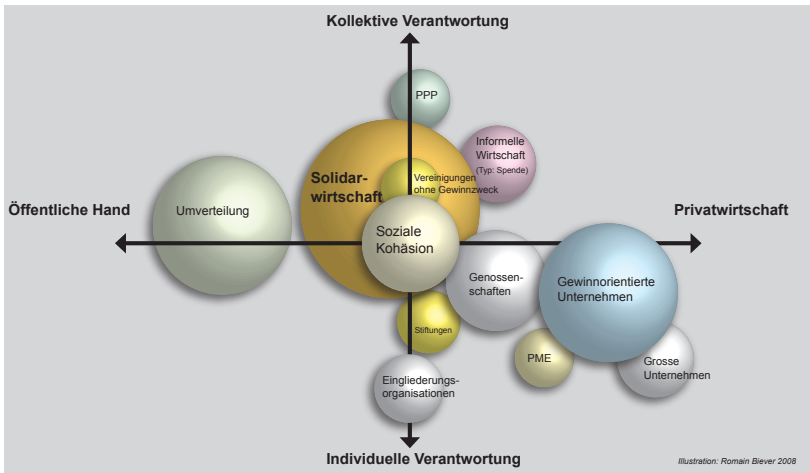


Abbildung 5:

Demokratisierung der Wirtschaft



Die grafischen Darstellungen, die die grundlegenden Anforderungen an Betriebe aufzeigen, beschreiben erste Voraussetzungen, die zu einer Demokratisierung der Wirtschaft führen. Ausgestattet mit einem präzisen, raumspezifischen

Fragenkatalog, der auf Elementen der nachhaltigen Entwicklung aufbaut, ist diese Beschreibung ein Ansatz, um eine ethische Analyse der Betriebe in einem abgesteckten Gebiet (Territorium), z. B. einer Gemeinde, vorzunehmen, und eine Basis für eine fundierte Argumentation zu sozio-ökonomischen Neugestaltung des Lebensraumes. Partizipative Demokratie wird hiermit möglich. Weiterführend kann dieser Ansatz zu einer Art „Werkzeugkasten“ entwickelt werden, der es ermöglicht, ständige Kontrollmessungen bei den Betrieben durchzuführen, um ihr ethisches Agieren zu überprüfen.

5) Solidarwirtschaft: Eine Aufwertung für das Territorium

Führt man die obige Analyse weiter, muss man, wenn man das Territorium als eigenständigen Akteur seiner sozio-ökonomischen Entwicklung in Betracht ziehen will, den Sockel der relevanten Akteure erweitern und eingehend auf die spezifischen Attribute des betroffenen Territoriums achten. Das Territorium als Motor der zukünftigen sozio-ökonomischen Entwicklung ist somit ein Konstrukt, das eine Dynamik beschreibt, die historisch gesehen immer wieder aufgelebt ist, dies mit positiven wie auch negativen Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt; so z. B. der Urbanismus, beginnend bei den griechischen Stadtstaaten, den Poleis, über die mittelalterliche Entwicklung der Hanse, bis zur Idee der idealen Stadt in der Renaissance, alles Beispiele, die das Konzept Territorium in den Mittelpunkt der sozio-ökonomischen Überlegungen stellten.

In der neueren Geschichte, so stellt Pierre Calame fest, verschieben sich die Wertparameter des Territoriums drastisch. Calame geht davon aus, dass die Zeit der Aufklärung mit der Einführung der Bürgerrechte, die letztlich auch die Einführung des Konzepts der Nationalstaaten hervorbringt, schon eine territoriale Reorganisation beinhaltet, dass aber diese Reorganisation im Zuge des Einsetzens des Industriezeitalters, anderen, neuen Akteuren Vorrang und Macht gewährt, nämlich den industriellen Betrieben. Sie werden so im Laufe der Zeit immer stärker zum Dreh- und Angelpunkt für die sozio-ökonomische Entwicklung unserer Gesellschaft. Man findet auch hier die Idee der Dominanz des Utilitarismus auf die geografische Reorganisation zum Gedeihen des Marktes wieder, wie sie im Kapitel zur Entwicklung der Sozialpolitik beschrieben wurde (Kapitel XXX). Fast willkürlich werden neue Grenzen gezogen, die ebenso neue Nationalstaaten hervorbringen, genau wie auch ihre Unterteilung in Dezerenate, Länder, Kantone oder Kommunen. Dies geschieht mehr oder minder wie am Reiß- oder Schachbrett und garantiert der Politik epochal eine gewisse Autorität, fördert aber vor allem die

bereits sich durchsetzende Hand des Marktgedankens, der den neuen Akteuren, den aufkommenden Industriebetrieben, eine Schlüsselrolle in der Abwicklung der künftigen sozio-ökonomischen Szenarien zugesteht. Mit dieser Entwicklung geht einher, dass ein ganzes gesellschaftliches Patchworkuniversum, aufgebaut auf Traditionen und spezifische Eigentümlichkeiten und Ambitionen, verschwindet, um Platz zu machen, für den Gedanken einer neuen rationalen Uniformität, die sich sowohl national wie auch international durchsetzt. In unserer globalisierten Welt durchdringt dieses Prinzip der rationalen Uniformität weitgehendst unsere Lebensweise, gesteuert durch die großen Betriebe und transnationalen Konzerne. Augenscheinlich wird dies, wenn Kinder überall in der westlichen Welt die gleichen Kleider tragen, wenn wir an allen Ecken des Globus' das gleiche Essen zu uns nehmen können oder wenn wir standardisierte Arbeit leisten, die nichts zum Wohlergehen unseres Gemeinwesens beiträgt. Unter diesen Gegebenheiten steht aber fest, dass die Idee bzw. die Institution einer wirksamen demokratischen Weltgesellschaft als globaler Gegenspieler zum Konzept der rationalen Uniformität, sich zwar entwickeln könnte, aber nicht erfolgreich, da sie de facto als ein obsoletes und anonymes Konstrukt wäre, das losgelöst von den realen Bedürfnissen des Gemeinwesens nur die Rolle eines Handlagers zur Festigung der neoliberalen Theorie einnehmen würde. Die Menschheit muss sich demnach entscheiden, wie wichtig ihr das Gemeinwesen ist, inwieweit sie auch die Zuversicht entwickeln kann, die kreativen Kräfte innerhalb einer territorialen Gemeinschaft zu bündeln, um damit mehr Eigeninitiative zur Befriedigung selbstdefinierter Bedürfnisse zu entwickeln. Eine derartige Entwicklung würde bedeuten, dass vereinzelte Territorien in eine Art „gleichwertige Konkurrenz“ zu den Konzernen treten können. Es wäre dies der Durchbruch einer neuen Art der politisch-ökonomischen Governance, vorausgesetzt der politische Wille bestünde, mehr Verantwortung und Mittel in das Gemeinwesen zu investieren.

Unter modernen Gemeinwesen sollte man hier die im Laufe der modernen Geschichte und heute existierenden urbanen wie auch ruralen Gemeinwesen verstehen. Mit der Zeit haben sich Gemeinwesen gebildet, die über die Akkumulation von Investments, immateriellem sowie Humankapital, ein Eigenleben geschaffen haben. Dieses beruht auf der Konzentration einer diversifizierten und qualifizierten Arbeitsleistung an einem definierten Ort. Dadurch verfügen diese Gemeinwesen über ein diversifiziertes Produktionsangebot von Gütern und Dienstleistungen durch Klein- und Mittelbetriebe sowie alternative Betriebe. So wird die Unterstützung in der Entwicklung ihres Territoriums durch die offenen Hochschulen und Forschungszentren gewährleistet. Mit diesen Attributen ausgestattet wäre es nicht abwegig, ein derartiges Territorium wieder als zukünftigen wichtigen und eigenständigen ökonomischen Akteur zur Wirkung kommen zu lassen anstelle,

dass dieses Muster des organisierten ökonomischen Akteurs einzig und allein den weltweit agierenden Konzernen überlassen wird, was zur Konsequenz hätte, dass die Territorien untereinander ausgespielt werden könnten. Das Konzept der pluralen Ökonomie, d. h. verteilendes, gewinnbringendes und nicht gewinnbringendes Handeln, würde so über die Instanz „Territorium“ der direkten Kontrolle des Gemeinwesens unterliegen und der partizipativen Demokratie im Sinne der Bürgerbeteiligung an Entscheidungsprozessen eine reelle Chance zur sozio-ökonomischen Mitgestaltung des Territoriums eröffnen. In einer zweiten Phase würde dies bedeuten, dass die Möglichkeit eines Primats der demokratischen Politikgestaltung über die sich eigenständig entwickelnde (neoliberale) Ökonomie wieder gegeben wäre, da die führenden Konzernkreise, die sich heute dazu berufen fühlen, die Weltordnung zu organisieren und zu stabilisieren, dazu angehalten wären, mit wiedererstarkten und unter sich vernetzten „Partnern“ auf Augenhöhe zu verhandeln. Dementsprechend ist die Annahme der viel beschworenen Gefahr, dass die Politik dabei ist, von der Ökonomie zu lernen und den Staat nach deren Prinzipien zu organisieren und zu leiten, trügerisch und falsch. Im Grunde lenkt diese Annahme nur davon ab, dass die reelle Gefahr darin besteht, dass der führende Kreis der Konzerne sich die ursprüngliche Philosophie einer staatlich-demokratischen Ökonomie, die allgemein-ethisch die Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen darstellt, zunutze macht, um über den Mechanismus von immer mehr (Macht)Konzentration quasi unbemerkt in die Rolle einer Weltregierung zu schlüpfen. Dies ist nur möglich durch einen immer tougheren Sozialdarwinismus für Betriebe. Man lässt damit gar die Menschen außen vor; was dann auch dazu führt, dass diese ganze Entwicklung unweigerlich ohne jegliche demokratische Legitimation stattfinden kann.

Diese Erkenntnisse umreißen die Gefahr eines sich schleichend installierenden totalitären Systems. Sie dürften ausreichen, um den zukünftigen Stellenwert der Territorien zu beschreiben sowie die Notwendigkeit der Akzeptanz von vielfältigen ökonomischen Akteuren im Sinne einer pluralen Ökonomie. Hier, in der Verteidigung der Fülle und der Vielgestaltigkeit der Möglichkeiten des Wirkens zum Wohle der Menschen, des Gemeinwesens und den Gemeinschaften, sollte der Grundansatz der Solidarwirtschaft gesehen werden. Konkrete Ansätze finden sich in sehr unterschiedlichen solidarwirtschaftlichen Unternehmensformen, der Kreislaufwirtschaft, den Vereinigungen ohne Gewinnzweck, den Genossenschaften und Produktionskooperativen, der Bewegung der Cultural creatives, im Fair-Trade oder in ethischen Finanzierungsprojekten. Sie alle haben vor allem gemeinsam, dass sie entweder dem Territorium verbunden sind oder aber respektvoll und verantwortlich territorial übergreifend vernetzt agieren.

* im Sinne der öffentlichen Hand



Réseau

Objectif Plein Emploi

1, rue du Moulin
L-3857 Schiffflange

Tel.: (+352) 53 04 45 0
Fax: (+352) 53 04 45 510

E-Mail: info@ope.lu
Internet: www.ope.lu